



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Frankreich und England in der deutschen Frage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

und haben sich ganz zurückgezogen. Die Positionen von Fridericia und Düppel, sowie die See bieten ihnen die Mittel dar, um die ihnen allein möglichen Erfolge zu erringen.

Von der obern Armeeleitung der Verbündeten haben wir auch jetzt nichts gehört.

Die Oestreicher haben mit alter Energie bei Veile gefochten, haben aber auch wie früher in der Verfolgung mehr die Fatiguen und das böse Wetter gescheut, als die Gegner bei dem Rückzuge.

Die Preußen haben vor Düppel wieder Beweise ihrer ausgezeichneten Schußwaffen geliefert. Die Truppen haben wiederholt bewiesen, daß es ihnen nicht an Muth und Geschick fehlt, die Dänen aus dem Vorterrain der Schanzen zu vertreiben, ihr erlauchter Heerführer scheint aber in diesem Feldzuge mehr die Verherrlichung des Kanoniers, als die der ganzen Armee im Auge zu haben. Wir wünschen vor Düppel von einer Großthat zu hören, welche des alten preussischen Namens würdig ist, aber wir fürchten, daß auch vor Düppel darnach gestrebt wird, wie bei Arnis durch ein Manöver statt durch den einfachen, wirklich Kraft beweisenden, soldatischen Act die Schwierigkeiten zu überwinden. Blut allein giebt für den Soldaten Erfolge, die den Frieden basiren, die also länger dauern und weiter führen können als bis zu dem gerade vorliegenden Zweck. Möchte der Prinz nicht vergessen, daß ein kräftig durchgeführter Sturm die preussische Stimme in allen Weltstreitigkeiten schwerer wiegen macht, als alle Klugheit der Diplomaten nur je bewirken kann.

Vor Fridericia sind wir erst am Anfang, hier müssen wir also uns des Urtheils enthalten. Wie leer würde Preußen bei dem Kriege ausgehen, wenn General v. Gablenz mit seinen Oestreichern Fridericia nähme, ehe Düppel gefallen und wenn dann der Friede geschlossen würde. Sehr erfreut muß es jeden haben, daß endlich die preussische Flotte in Thätigkeit getreten ist und sich so wacker gezeigt hat. Ist auch diesmal der mannhafte Muth nicht durch das Glück belohnt worden, so wird auch das ein anderes Mal nicht ausbleiben. Das Glück ist dem Kühnen hold. Es ist Zeit, daß die Flotte in die Kriegseignisse thätig eingreift*).

Frankreich und England in der deutschen Frage.

Die Reise des Herzogs von Coburg-Gotha nach Paris hat nicht nur in den feudalen Blättern herbe Angriffe erfahren, auch von befreundeten Zeitungen ist ein abfälliges Urtheil darüber ausgesprochen worden. Den Correspondenten der Kreuzzeitung zu mißfallen, gilt in ganz Deutschland für eine Ehre. Die liberale Presse aber hat, soweit uns ein Urtheil zusteht, hinreichenden Grund, die Reise und ihre Erfolge günstiger anzusehen. Stehen wir denn mit Frankreich auf so gespanntem Fuß, daß der persönliche Verkehr eines unsrer Fürsten mit dem Kaiser verdächtig werden kann? Ist irgend denkbar, daß ein Deutscher aus Thüringen mit Fran-

*) Diese militärischen Briefe werden allwöchentlich fortgesetzt, und außer den Kriegsergebnissen auch die neuen Waffen, das Gesecht, die neuesten Fortschritte der Kriegsführung besprochen.
 Anm. der Red.

zosen über Rheinbund oder Anschluß an Frankreich verhandeln könnte? Und ist nicht denkbar, daß der Herzog, ohne dem Selbstgefühl der Deutschen irgend etwas zu vergeben, einem nationalen Interesse förderlich gewesen ist, welches, wie die Dinge einmal liegen, weder von dem deutschen Bunde, noch von den deutschen Großmächten allein zu gedeihlichem Ende gebracht werden kann, sondern in letzter Instanz leider auch durch die Mächte, welche sich an den londoner Verträgen betheiligt haben?

Im Allgemeinen betrachtet man in Paris am kaiserlichen Hofe die schleswig-holsteinische Frage nicht als eine Angelegenheit, welche den Frieden Europas stören sollte, weder für die Deutschen noch für die Dänen sind die Sympathien besonders lebhaft. Auch der Gedanke einer skandinavischen Union ist als gegenwärtig nicht wohl ausführbar zurückgelegt. Für den entschlossenen Widerstand der Dänen empfindet man die Achtung, welche jeder feste Wille sich erzwingt. Die deutsche Auffassung dagegen empfiehlt sich dem Kaiser, abgesehen von einem persönlich-freundlichen Verhältniß, in welchem er zu dem Herzog von Schleswig-Holstein von früher her steht, aus zwei politischen Gründen, zunächst wegen des laut ausgesprochenen Willens der Bevölkerung, dann aber weil dem Kaiser viel daran gelegen ist, die Unruhe und das Mißtrauen, mit welchem er in Deutschland betrachtet wird, zu beseitigen. Wiederholt und entschieden hat er sich in diesen Wochen dahin ausgesprochen, daß das letzte Bestimmende für ihn der ausgesprochene Wille der Bevölkerung sein müsse. Sein ganzes Leben, seine eigenen Erfolge nöthigten ihn, darauf festzustehen. Es sei zuletzt gegen sein Princip, den Schleswig-Holsteinern eine Regierung aufzudrängen, bei welcher sie sich nicht beruhigen könnten und die der Anfang neuer Verwickelungen sein würde. Das Volk vor allem habe ein Recht gehört zu werden. Und er vermöge nicht die Ueberzeugung zu gewinnen, daß eine Personalunion diese Garantien biete und habe keine Lust, den kriegsführenden Mächten und England auf einen Standpunkt zu folgen, der nach seiner Ansicht unhaltbar sei.

Er wünsche Frieden und gutes Einvernehmen mit Deutschland, auch gute Meinung des Volkes. Man habe sich dort gewöhnt ihn als Feind der bestehenden Grenzen zu betrachten, und sowohl die liberale als die feudale Partei in Preußen sei nur zu bereit, ihn als Feind des deutschen Bodens darzustellen. Er habe keine solchen Pläne. Er wünsche, daß Franzosen und Deutsche in Ruhe und Freundschaft leben, und daß die beiden großen Nationen des continentalen Europas in loyalen Wettstreit durch die Interessen des Handels, der Industrie und des geistigen Verkehrs einander freundlich näher treten. Ihm sei auch an Frieden und gutem Einvernehmen mit den deutschen Regierungen gelegen, und er brauche diesen Frieden auch für Frankreich. Er würdige wohl den Standpunkt Oesterreichs in der Frage Schleswig-Holsteins, er sei allerdings der Meinung, daß Preußen bei der Idee der Personalunion eine für diesen Staat unhaltbare Position eingenommen habe. Die Bildung eines neuen Herzogthums, welches Bundesstaat werde, sei für Frankreich gefahrlos, ein Festhalten der Herzogthümer durch Preußen würde allerdings eine europäische Verwickelung herbeiführen, denn es würde die übrigen Mächte auch zwingen, sich entsprechend zu vergrößern. Von der Kriegsführung in Schleswig, zumal von der Tüchtigkeit der Truppen wurde mit achtungsvoller Anerkennung gesprochen. So, dem Vernehmen nach, der Kaiser.

Diesen Aeußerungen entsprach durchaus die Stimmung der verhältnismäßig wenigen Personen, welche das Vertrauen des Kaisers in Geschäften genießen. Frankreich fordert Erhaltung des Friedens. Die Lage der Bank, Stand des Geldmarkts, die schwebende Schuld machten das sehr wünschenswerth, auch die Stimmung des Volkes, welche grade jetzt in den Oppositionswahlen von Paris

sich ausspreche. Unter Louis Philipp, der bei aller Welt für friedlich galt, war die ganze Nation kriegerisch, unter dem Kaiserreich, dem man Unternehmungslust zutraut, findet Frankreich aus Opposition einen Genuß darin, friedlich zu sein. Die Opposition lebe auf und erzwingt sich ernste Beachtung.

Alles berechtigt zu der Auffassung, daß die ausgesprochenen Ansichten in der gegenwärtigen Situation die wirklichen sind. Man ist gewöhnt die unerschütterliche Schweigsamkeit und Hinterhältigkeit des Kaisers hervorzuheben, aber auch seine Gegner geben zu, daß er, wo er sich einmal in persönlichem Verkehr offen ausdrückt, höchst zuverlässig ist und an seinen Worten und Versprechungen festhält. In der That ist die Stimmung und Lage Frankreichs so, daß sie ihm eine friedliche Politik gegen Deutschland wünschenswerth macht. Auch die Zustände in Italien und der Türkei zwingen zur Vorsicht. Zwischen dem Kaiser und dem englischen Ministerium hat sich eine eisige Kälte gelagert, noch schlimmer ist die Stimmung gegen Italien, am übelsten in der Armee, und es ist wahrscheinlich, daß man zu Paris schärfer auf Rom und Neapel als nach dem europäischen Norden sieht. Gerade die Möglichkeiten, welche sich dort bieten, z. B. eine neue Papstwahl, machen wünschenswerth, an den deutschen Grenzen Ruhe zu haben. In jedem Fall, und das ist für uns das Wichtigste, hat die Politik der Herren v. Rechberg und Bismarck gegen die Herzogthümer nicht das Recht sich darauf zu berufen, daß eine Anerkennung des Herzogs von Schleswig-Holstein in Frankreich feindlichen Widerspruch erfahren würde.

Ebenso wenig in England. Die dänenfreundliche Haltung Lord Palmerstons, der englischen Aristokratie und Presse ist eine von den Hartköpfigkeiten, durch welche die englische Politik zeitweise die Haltung verliert. Wir wissen sehr wohl, warum. Dem Volk erscheint der Streit um die Herzogthümer als ungleicher Kampf eines Kleinen gegen zwei Große, den Liberalen bis zu Lord John Russell hinauf als Kampf eines demokratischen Volksthums gegen Mächte mit widerwärtigen feudalen Gewohnheiten, der englischen Aristokratie ist die dänische Gesinnung eine durch einzelne Persönlichkeiten importirte Modefache. Bei Lord Palmerston aber hat diese Vorliebe für Dänemark noch einen besonderen Grund. Es ist die eigensinnige Eingekommenheit für den londoner Vertrag, an dem er hervorragenden Antheil hat und es ist die letzte Opposition des greisen Staatsmannes gegen das, was man in England sehr unvernünftig deutschen Einfluß nannte. Ein alter persönlicher Gegensatz bricht hier peinlich durch. Man weiß sehr gut, daß der eingeschlagene Weg ganz gegen das Empfinden und Wollen des verewigten Prinz-Gemahls war, und man gefällt sich darin, den Johnbullismus nach seinem Tode mit Behagen geltend zu machen. Aber in dieser Angelegenheit steht dem Ministerium ein anderer, fester und entschlossener Wille gegenüber, welcher ebenso gut wie einst Prinz Albert weiß, daß durch die modische Vorliebe für dänisches Wesen nicht für ein Menschenalter das gute Einvernehmen mit Deutschland und Preußen geopfert und nicht zwei Völkernationen wider ihren leidenschaftlich ausgesprochenen Willen mit einem fremden Staate zusammengeschweift werden dürfen.

Welches also müssen die Forderungen sein, welche wir unter diesen Umständen dem Ausland gegenüber festzubalten haben?

Zunächst, meinen wir, hat die deutsche Presse an der Thatsache festzubalten, daß das Erbrecht des Herzogs Friedrich die Rettung der Herzogthümer von dänischem Joche ist. Ob die vorsichtige Haltung des Herzogs von Schleswig-Holstein und seiner Rätbe der einzige oder beste Weg war, die Herzogthümer zu befreien, das zu erörtern scheint uns jetzt nicht an der Zeit. Von den zwei Wegen, welche der Herzog einschlagen konnte, sich in den Besitz seines

Landes zu setzen, war jeder reich an Gefahren und Schwierigkeiten. Jetzt ist ein bestimmter Weg eingeschlagen, es gilt nicht ihn kritisch zu beurtheilen, sondern einmütig zu arbeiten, damit wir darauf soweit als möglich kommen.

Was Holstein betrifft, so hat der deutsche Bund zwar nicht die Befugniß, über das Erbrecht endgiltig abzurtheilen, denn dies Recht des Landes und seines Herzogs kann zwar bestritten aber nie genommen werden. Wohl aber ist der Bund die erste Instanz und zugleich die höchste Autorität, welche zur Anerkennung dieses Rechtes berufen ist. Regierungen und Völker Deutschlands haben die Pflicht, alles zu thun, damit diese Anerkennung so schnell als möglich erfolge. Die übergroße Schwäche und Haltlosigkeit einzelner Curien hat das Resultat der Abstimmung am Bunde einige Zeit zweifelhaft gemacht. Die vertrauenerweckende Haltung des neuen Königs von Bayern, und die günstigere Stimmung der auswärtigen Mächte, welche in der letzten Woche bemerkbar geworden ist, werden den Muth zu einem Votum hoffentlich vermehren.

Es ist Grund zu der Annahme, daß sowohl die Königin von England als der Kaiser von Frankreich die Anerkennung durch den Bund als bestimmend für ihr eigenes Handeln betrachten werden.

Für Schleswig dagegen hat jetzt das alte Recht in Kraft zu treten, welches die Stände dieses Landes besessen haben, und welches von unserm Standpunkt wie von dem des französischen Kaisers und eines Whigministeriums das letzte Recht jedes Volkes in solcher Lage ist. Die Schleswiger selbst sollen wählen, ob sie zu dem Herzogthum Holstein und Herzog Friedrich, oder ob sie zu Dänemark gehören wollen. Man soll das Volk in einer Weise abstimmen lassen, welche äußern Zwang ausschließt. Eine solche Lösung der Frage können sich die Herzogthümer gern gefallen lassen, sie ist uns Deutschen ganz recht, es ist wahrscheinlich geworden, daß von den Mächten des londoner Protokolls Frankreich gerade diese Auffassung vertritt, und es ist schwer zu sagen, wie ein Whigministerium sich einer solchen Entscheidung des Volkes selbst über seine Zukunft entziehen will.

Berichtigung.

In Heft 12 ist S. 448 Z. 9 u. 10 v. u. statt: „Leipzig I. u. II. d. h. umliegende Dörfer und Flecken“ zu lesen: „Leipzig I. und II. — umliegende Dörfer — ferner Brandis, Markranstädt und Taucha.“

Mit **Nr. 14** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im März 1864.

Die Verlags-handlung.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.

